

Bericht der Sommersession 2024

Sehr geehrte Damen und Herren

In der Sommersession hat die grosse Kammer die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025-2028 (BFI-Botschaft 2025-2028) beraten. Der Nationalrat hob den Zahlungsrahmen gegenüber dem Entwurf des Bundesrates um 152,2 Millionen Franken an. Er hiess zudem eine Änderung des ETH-Gesetzes gut, die darauf abzielt, die Studiengebühren für Studierende aus dem Ausland mindestens zu verdreifachen. Die grosse Kammer genehmigte im Weiteren eine Anpassung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG), womit eine bessere Begleitung der Projekte der Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN) ermöglicht werden soll. Der Ständerat bewilligte seinerseits einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 106,8 Millionen Franken für das neue Instrument zur Förderung der Energieforschung SWEETER und gab einer Standesinitiative Folge, welche die Erleichterung des Zugangs zu den Pädagogischen Hochschulen für Inhaberinnen und Inhaber einer Berufsmaturität zum Ziel hat.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE UND NEUIGKEITEN IM PARLAMENT

BFI-Botschaft 2025-2028: Gezielte Aufstockungen von insgesamt 152,2 Millionen Franken

In der Sommersession 2024 hat sich der Nationalrat mit der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025-2028 (BFI-Botschaft 2025-2028) befasst (**24.031**). Die grosse Kammer hat ein durchschnittliches jährliches Mittelwachstum von nominal 1,7 Prozent genehmigt, statt der vom Bundesrat vorgesehenen 1,6 Prozent. Damit erhöht sie die in der Vorlage geplanten Mittel für die nächste Förderperiode um insgesamt 152,2 Millionen Franken.

Anträge der FK und der WBK angenommen

Der Nationalrat hat verschiedene Anträge für gezielte Korrekturen unterstützt, die von Mehrheiten seiner Finanzkommission (FK) und seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) vorgeschlagen wurden. So erhöhte der Nationalrat den Zahlungsrahmen für die Finanzierung des ETH-Bereichs um 100 Millionen Franken und die Grundbeiträge für die kantonalen Universitäten und Fachhochschulen um insgesamt 55,9 Millionen Franken (eine Aufstockung, die durch eine Reduktion der Investitionen in die Forschungsinfrastrukturen vollständig kompensiert wurde). Der Zahlungsrahmen für die Institutionen der Forschungsförderung wurde um 22,3 Millionen Franken erhöht (21,7 Millionen Franken für den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und 0,6 Millionen Franken für die Akademien der Wissenschaften Schweiz). Darüber hinaus hat der Nationalrat auch Mittelaufstockungen für die Berufsbildung (23,4 Millionen Franken) und die Weiterbildung (1,5 Millionen Franken) sowie für den Schweizerischen Innovationspark (9 Millionen Franken) und die Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung (4,5 Millionen Franken) bewilligt. Die letztgenannte Aufstockung wurde durch eine Kürzung der Mittel für Swissnex, das weltweite Schweizer Netzwerk für Bildung, Forschung und Innovation, vollständig kompensiert.

Der Nationalrat hat damit den Herausforderungen Rechnung getragen, die der Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich) in den kommenden Jahren zu bewältigen hat. Die Nationalrätinnen und Nationalräte erinnerten insbesondere an den Fachkräftemangel und die stetig steigende Zahl der Auszubildenden und Studierenden. Sie unterstrichen die Schwierigkeit, die Qualität der von den BFI-Akteuren erbrachten Leistungen aufrechtzuerhalten, und die fehlende Planungssicherheit aufgrund der vom Bundesrat gekürzten finanziellen Mittel. Auch der internationale Druck im Zusammenhang mit der Nicht-Assoziierung der Schweiz an die EU-Programme «Horizon Europe» und «Digital Europe» wurde hervorgehoben.

Zur Erinnerung: Im Jahr 2023 hat der Bundesrat die BFI-Botschaft 2025-2028 erstmals in eine Vernehmlassung geschickt. In seinem Botschaftsentwurf sah er damals einen Ausgabenplafond von 29,7 Millionen Franken vor. Aufgrund der angespannten Lage des Bundeshaushalts reduzierte er den Betrag um 500 Millionen Franken, ohne die Ziele und Aufgaben für die Organisationen und Akteure des BFI-Bereichs entsprechend anzupassen. Das Geschäft wird in der Herbstsession im Ständerat beraten.



Protokoll des Nationalrats vom 29. Mai 2024



Fortsetzung - Block 1



Fortsetzung - Block 2



EPFL und ETH Zürich: Nationalrat fordert Gebührenerhöhung für ausländische Studierende

Im Rahmen der Beratungen über die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025-2028 (BFI-Botschaft 2025-2028) (24.031) hat der Nationalrat eine Änderung des Bundesgesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Gesetz) diskutiert. Mit 134 zu 61 Stimmen bei einer Enthaltung hat er einen Antrag angenommen, gemäss dem die Studiengebühren für Studierende aus dem Ausland mindestens verdreifacht werden sollen. Nach Ansicht des Nationalrats können durch diese Erhöhung in den kommenden Jahren zusätzliche Finanzmittel für den ETH-Bereich generiert werden, während die Studiengebühren im internationalen Vergleich immer noch sehr niedrig bleiben. Der Nationalrat hat ausserdem zwei Minderheitsanträge seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) geprüft und abgelehnt. Der erste Vorschlag hatte zum Ziel, die Studiengebühren für Studierende aus dem Ausland zu verfünffachen. Der zweite Vorschlag sah vor, die Kann-Formulierung des Bundesrates beizubehalten, um sozioökonomisch benachteiligte Studierende nicht durch höhere Studiengebühren zu benachteiligen und die Attraktivität der beiden ETH für ausländische Talente nicht zu gefährden. Das Geschäft geht an den Ständerat.



Protokoll des Nationalrates vom 29. Mai 2024



Fortsetzung - Block 1

CERN: Nationalrat begrüsst eine Änderung des FIGG

Der Nationalrat hat die Botschaft des Bundesrates zur «Förderung der Forschung und der Innovation (Sachplan und Plangenehmigungsverfahren)» (24.029) mit 116 zu 59 Stimmen bei 11 Enthaltungen verabschiedet. Damit stimmt er einer Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIGG) zu. Diese soll es dem Bundesrat ermöglichen, einen eidgenössischen Sachplan auszuarbeiten, der sich auf die Projekte der Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN), des weltweit grössten Zentrums für physikalische Grundlagenforschung mit Sitz in Genf, konzentriert. Diese Gesetzesänderung sieht vor, dass die strategische Infrastruktur des CERN ausgebaut werden kann, und zwar durch gesetzliche und raumplanerische Instrumente sowie durch eine Aufteilung der Kompetenzen zwischen dem Bund und dem Kanton Genf. Damit soll sichergestellt werden, dass die Projekte des CERN, wie der Bau des Future Circular Collider (FCC),

mit den politischen Zielen der Schweiz als Gaststaat in den Bereichen Forschung, Umwelt und Raumplanung vereinbar sind. Das Geschäft geht an den Ständerat.



Protokoll des Nationalrates vom 29. Mai 2024

Grünes Licht für den Verpflichtungskredit für SWEETER

Der Ständerat unterstützt die Vorlage «Forschungsförderinstrument SWEETER (SWiss research for the EnErgy Transition and Emissions Reduction) für die Jahre 2025-2036. Verpflichtungskredit» (24.028) deutlich. Mit 37 zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen bewilligte er einen Verpflichtungskredit in Höhe von 106,8 Millionen Franken zur Finanzierung des neuen Förderungsinstrumentes für die Energieforschung. Die zusätzlichen finanziellen Mittel werden in die Forschung zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit und des Übergangs zu einer klimafreundlichen Energieproduktion investiert. Die zur Verfügung gestellten Mittel werden in den Krediten der nächsten Botschaften zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaften) vollständig kompensiert. Die kleine Kammer lehnte einen Minderheitsantrag, der den Kredit halbieren und das Programm auf die Jahre 2025-2032 beschränken wollte, mit 21 zu 20 Stimmen knapp ab.

SWEETER baut auf den guten Ergebnissen des Förderprogramms SWEET (SWiss Energy research for the Energy Transition) auf, das sich auf die angewandte Forschung im Energiebereich konzentriert und für den Zeitraum 2021-2032 mit einem Kredit von 136,4 Millionen Franken unterstützt wird. Die Vorlage geht an den Nationalrat.



Protokoll des Nationalrats vom 28. Mai 2024

Ständerat will die Bedingungen für den Zugang an die PH vertieft prüfen

Entgegen der Meinung ihrer zuständigen Kommission hat die kleine Kammer mit 24 zu 18 Stimmen bei einer Enthaltung der Standesinitiative des Kantons St. Gallen mit dem Titel «Mit der Berufsmatura prüfungsfrei an die pädagogischen Hochschulen. Eine Antwort auf den Lehrpersonenmangel» (23.304) Folge gegeben. Die Initiative verlangt, dass Inhaberinnen und Inhaber einer Berufsmaturität prüfungsfrei zu den Pädagogischen Hochschulen (PH) zugelassen werden, um dort eine Ausbildung zur Lehrerin oder zum Lehrer für die Vorschul- und Primarstufe zu absolvieren. Nachdem der Ständerat in der vergangenen Herbstsession eine Motion der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) (22.4268) gleichen Inhalts abgelehnt hatte, will er mit dem aktuellen Entscheid zur Standesinitiative den Handlungsbedarf hinsichtlich des Lehrpersonenmangels unterstreichen. Bei der

Ablehnung der Motion im September 2023 hatte die kleine Kammer den Wunsch geäussert, für materielle Entscheide den bundesrätlichen Bericht als Antwort auf das Postulat «Zulassung von Absolventen und Absolventinnen einer Berufsmatura zur Primarlehrerausbildung» (**22.4267**) abzuwarten. Das Geschäft geht an den Nationalrat.



Protokoll des Nationalrats vom 29. Mai 2024

AUSSERDEM HABEN DIE PARLAMETARIERINNEN UND PARLAMETARIER ...



...im Nationalrat und im Ständerat das Geschäft des Bundesrates «Legislaturplanung 2023-2027» (**23.082**) gemäss den Anträgen der Einigungskonferenz angenommen. Der Auftrag, im Laufe dieser Legislatur eine Botschaft zum Abschluss der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU (Bilaterale III) vorzulegen, wurde gestrichen. Das Geschäft ist somit abgeschlossen.



...im Nationalrat das Postulat «Rücklaufende Innovationsaktivitäten der Schweizer Unternehmen. Ursachen erkennen und Hindernisse abbauen» (**24.3009**) stillschweigend angenommen. Der Bundesrat soll nun in einem Bericht die Ursachen für die rücklaufenden Innovationsaktivitäten der Unternehmen in der Schweiz analysieren und Lösungsvorschläge unterbreiten. Im Bericht sollen insbesondere die Herausforderungen der Digitalisierung, die Anforderungen an die Nachhaltigkeit und die Frage der Innovationszusammenarbeit berücksichtigt werden.



...im Ständerat eine Fristverlängerung um zwei Jahre für die Ausarbeitung einer Vorlage zu zwei gleichlautenden Standesinitiativen «Massnahmen für eine Vollassoziierung der Schweiz am Forschungsprogramm Horizon Europe» (**21.327** und **21.328**) stillschweigend angenommen. Die Standesinitiativen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft beauftragen das Bundesparlament und den Bundesrat, Massnahmen zu ergreifen, damit sich die Schweiz wieder an den Rahmenprogramm der Europäischen Union für Forschung und Innovation «Horizon Europe» beteiligen kann.



...im Nationalrat der Parlamentarischen Initiative «Synthetische oder aus Stammzellen hergestellte Lebensmittel. Es braucht strenge Vorgaben» (**23.434**) mit 116 zu 68 Stimmen bei 9 Enthaltungen keine Folge gegeben. Die Initiative forderte eine Anpassung des Gesetzes über Lebensmittel und

Gebrauchsgegenstände, wonach die Methoden für die Herstellung und die Vermarktung von synthetischen oder aus Stammzellen hergestellten Lebensmitteln klar hätten geregelt werden müssen. Das Geschäft ist somit erledigt.

➤ ...im Nationalrat die Motion «Verstärkte Unterstützung für Weiterbildungen und berufliche Umschulungen, um die Rückkehr in die Arbeitswelt zu erleichtern» (**23.3699**) mit 117 zu 71 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Gleichzeitig hat der Nationalrat das Postulat «Verstärkte Unterstützung für Aus- und Weiterbildungen bei der Rückkehr in die Arbeitswelt.» (**24.3010**) seiner WBK mit 101 zu 90 Stimmen angenommen. Der Bundesrat wird somit beauftragt, in einem Bericht darzulegen, wie Personen nach einer freiwilligen Erwerbspause bei der Rückkehr in die Arbeitswelt finanziell unterstützt werden können.

➤ ...im Nationalrat das Postulat «Überprüfung der staatlichen Leistungen. Konzentration der Kräfte» (**24.3233**) mit 96 zu 91 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen. Der Bundesrat soll nun zusammen mit den Kantonen sowie einer unabhängigen externen Begleitung alle staatlichen Leistungen dahingehend prüfen, ob Private diese Leistungen nicht effizienter, kostengünstiger und qualitativ besser erbringen können. Ausgenommen sind hoheitliche Leistungen wie etwa in den Bereichen Sicherheit, Bildung und Recht.

➤ ...im Ständerat die Motion «Rasch wirksames Entlastungspaket, das auch gebundene Ausgaben miteinschliesst» (**24.3395**) mit 32 zu 11 Stimmen angenommen. Der Bundesrat wird damit beauftragt, den Bundeshaushalt auch in den Bereichen mit gebundenen Mitteln dauerhaft zu entlasten. Dazu soll er in eigener Kompetenz Verordnungsanpassungen vornehmen und dem Parlament eine Vorlage mit gesetzlichen Anpassungen unterbreiten.

➤ ...im Ständerat das Postulat «Innovatives Umfeld für KI-Testing und -Förderung» (**24.3140**) stillschweigend angenommen. Der Bundesrat soll nun die Schaffung einer agilen Gesetzgebung für ein Testumfeld für die Entwicklung und Anwendungen Künstlicher Intelligenz (KI), die Förderung eines innovationsfreundlichen Umfeldes zur KI-Entwicklung sowie finanzielle Förderinstrumente und den Zugang zum «Digital Europe Programm» prüfen. Die entsprechenden Abklärungen sollen in den vorgesehenen Bericht zu KI-Regulierungsansätzen aufgenommen werden.

➤ ...im Nationalrat das Postulat «Ärztmangel bekämpfen. Prüfung der Einführung einer medizinischen Hochschule Schweiz» (**23.3889**) mit 116 zu 53 Stimmen bei 25 Enthaltungen abgelehnt. Der Vorstoss zielte auf die

Prüfung der Einführung einer Eidgenössischen Hochschule für medizinisches Personal. Damit sollte die Versorgungssicherheit gestärkt, die Aufteilung der Ausbildungskosten zwischen den Kantonen geklärt und die Abhängigkeit von ausländischen Fachkräften reduziert werden.

- ...im Nationalrat die Motion «Lancierung neuer nationaler Forschungsschwerpunkte im Bereich Klima, Energie und Biodiversität» (23.4297) mit 119 zu 74 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Die Vorlage sollte den Bundesrat mit der Schaffung neuer nationaler Forschungsschwerpunkte in den im Titel aufgeführten Bereichen beauftragen.

VOM BUNDESRAT BEANTWORTET

- **Ausfuhr von Psychedelika für Internationale Forschung und therapeutische Anwendungen ermöglichen.**

Motion (24.3072) von Nationalrat Matthias Samuel Jauslin (FDP).
Eingereicht am 29. Februar 2024.
Der Bundesrat hat am 08. Mai 2024 die Annahme der Motion beantragt.
- **Interprofessionelle Zusammenarbeit in der Ausbildung der Gesundheitsberufe: Wie weiter?**

Interpellation (24.3064) von Nationalrätin Bettina Balmer (FDP).
Eingereicht am 29. Februar 2024.
Der Bundesrat hat am 24. April 2024 darauf geantwortet.
- **Verhältnis zwischen Bund, Kantonen und Erziehungsdirektorenkonferenz.**

Anfrage (24.1002) von Nationalrat Hans Jörg Rügsegger (SVP).
Eingereicht am 6. März 2024.
Der Bundesrat hat am 15. Mai 2024 darauf geantwortet.
- **Bundesfinanzen: Entwicklung der letzten 20 Jahre / Ausblick.**

Interpellation (24.3117) von Nationalrat Philipp Matthias Bregy (Mitte).
Eingereicht am 11. März 2024.
Der Bundesrat hat am 8. Mai 2024 darauf geantwortet.



Bundeszentrum für Systeme der künstlichen Intelligenz.

Postulat (24.3121) von Nationalrat Olivier Feller (FDP).

Eingereicht am 11. März 2024.

Der Bundesrat hat am 8. Mai 2024 darauf geantwortet.



Viamia besser auf Zielgruppe anpassen.

Interpellation (24.3189) von Nationalrätin Regina Durrer (Mitte).

Eingereicht am 13. März 2024.

Der Bundesrat hat am 8. Mai 2024 darauf geantwortet.



Bundesausgaben im Inland priorisieren, um Kürzungen der schwach gebundenen Ausgaben zu vermeiden.

Postulat (24.3229) von Nationalrat Jacques Nicolet (SVP).

Eingereicht am 14. März 2024.

Der Bundesrat hat am 15. Mai 2024 die Ablehnung des Postulats beantragt.



Hochschul-Aufnahmeprüfungen bei hoher Maturitätsquote prüfen.

Interpellation (24.3200) von Ständerat Jakob Stark (SVP).

Eingereicht am 14. März 2024.

Der Bundesrat hat am 15. Mai 2024 darauf geantwortet.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE



Antisemitischem Gedankengut an öffentlichen Bildungsstätten der Schweiz den Riegel schieben.

Interpellation (24.3486) von Fraktion der Schweizerischen Volkspartei.

Eingereicht am 27. Mai 2024.



Politische Diversität und Qualität an Schweizer Universitäten sicherstellen.

Interpellation (24.3487) von Fraktion der Schweizerischen Volkspartei.

Eingereicht am 27. Mai 2024.

➤ Ist ein Forschungsabkommen mit Taiwan ein Desiderat für Bildung und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz im Halbleitersektor?

Interpellation (24.3501) von Nationalrat Andreas Meier (Mitte).
Eingereicht am 29. Mai 2024.

➤ Massnahmenpaket zur Übergangsfinanzierung von AHV und Armee mittels befristetem „Sicherheitsprozent“.

Motion (24.3587) von Ständerat Benedikt Würth (Mitte).
Eingereicht am 12. Juni 2024.

➤ Finanzplanung stabilisieren.

Interpellation (24.3631) von Ständerat Jakob Stark (SVP).
Eingereicht am 13. Juni 2024.

➤ Klarheit über die EU-Rechtsakte, die von der dynamischen Rechtsübernahme betroffen sind.

Interpellation (24.3612) von Ständerat Thierry Burkart (FDP).
Eingereicht am 13. Juni 2024.

➤ Berufsbildung stärken.

Motion (24.3702) von Nationalrat Thomas Burgherr (SVP).
Eingereicht am 13. Juni 2024.

➤ Neue genomische Techniken (NGT) und Patentierung.

Interpellation (24.3647) von Nationalrat Kilian Baumann (Grüne).
Eingereicht am 13. Juni 2024.

➤ Angemessene Kenntnisse über Komplementärmedizin in der Ausbildung von Gesundheitsberufen sicherstellen.

Motion (24.3648) von Nationalrätin Farah Rummy (SP).

Eingereicht am 13. Juni 2024.

↗ Links-islamistische, antiwestliche und antisemitische Infiltration an Schweizer Universitäten: drücken Wir die Augen zu und zahlen Milliarden an öffentlichen Beiträgen?

Interpellation (24.3618) von Nationalrat Lorenzo Quadri (Lega).

Eingereicht am 13. Juni 2024.

↗ Die Schuldenbremse muss zwingend eingehalten werden: Mechanismen zur Herleitung des Bundesbeitrags an die AHV.

Postulat (23.3715) von Ständerat Benjamin Mühleemann (FDP)

Eingereicht am 14. Juni 2024.

↗ Schnellstmögliche Teilnahme am Programm Copernicus.

Motion (24.3717) von Nationalrat Fabien Fivaz.

Eingereicht am 14. Juni 2024.

↗ Neue Ausgaben müssen gegenfinanziert werden.

Postulat (24.3704) von FDP-Liberale Fraktion.

Eingereicht am 14. Juni 2024.

↗ Auf dem Weg zu einem Büro für KI zur Begleitung der derzeitigen großen digitalen Transformation?

Interpellation (24.3733) von Nationalrätin Isabelle Chappuis (Mitte).

Eingereicht am 14. Juni 2024.

↗ Teilnahme an Copernicus weiter verfolgen.

Interpellation (24.3760) von Nationalrätin Barbara Schaffner (GLP).

Eingereicht am 14. Juni 2024.

↗ Illegale Besetzung mehrerer Universitäten in der Schweiz. Welche Massnahmen könnte der Bundesrat ergreifen, um die

Freiheit der Lehre zu gewährleisten?

Interpellation (24.3775) von Nationalrat Jacques Nicolet (SVP).
Eingereicht am 14. Juni 2024.



Zukunftsfähige Forschung mit einem Ausstiegsplan aus belastenden Tierversuchen fördern.

Parlamentarische Initiative (24.436) von Ständerätin Maya Graf (Grüne).
Eingereicht am 14. Juni 2024.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Sie sind bei uns mit der E-Mail-Adresse eingetragen.

Sie möchten keine weiteren Informationen per E-Mail erhalten? **abmelden**

KONTAKT

Netzwerk FUTURE
Münstergasse 64/66, 3011 Bern
Tel. 031 351 88 46
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI)
und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

18. Juni 2024
